

Initiativantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
die volle rechtliche Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um die volle rechtliche Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung zu schaffen.

Begründung

Die bestehenden rechtlichen Unterschiede für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung stellen eine Diskriminierung dar. Im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes ist es unabdingbar, alle Rechtsmaterien zu den Rechten und Pflichten nicht-heterosexueller PartnerInnen an die weitaus umfassenderen Bestimmungen der heterosexuellen Partnerschaften anzugleichen. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, Gesetzesvorlagen für eine volle Gleichstellung auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen. Insbesondere sind dabei das Eherecht, das Adoptionsrecht, das Erbrecht und die Bestimmungen zur Fortpflanzungsmedizin abzuändern. Außerdem ist für alle Lebensbereiche ein umfassender rechtlicher Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zu schaffen.

Linz, am 12. Juni 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Müllner, Affenzeller, Makor, Eidenberger, Bauer, Baumgartner, Peutlberger-Naderer, Pilsner, Weichsler-Hauer, Röper-Kelmayr, Rippl, Krenn, Promberger